

Die elektronische Wahlalternative Augen zu und durch

Dieser Beitrag beleuchtet die Verwendung von elektronischen Wahlgeräten allgemein und in der Alternative für Deutschland im Speziellen. Letzteres zeigt auch hier wieder mangelndes Rechtsbewusstsein und mangelnde Organisationskompetenz der Entscheidungsträger.

1 Bundesverfassungsgericht erklärt Einsatz von Wahlcomputern für unzulässig

Mit Urteil vom 03.03.2009 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Verwendung von elektronischen Wahlgeräten bei Wahlen zum Deutschen Bundestag für unzulässig.

Das Urteil stellt kein gesetzliches Verbot der Verwendung von Wahlgeräten für parteiinterne Wahlen dar.

Gleichwohl sind die Anforderungen des BVerfG an elektronische Wahlgeräte auch für Wahlen im gesellschaftlichen Bereich bedeutend. Vor allem Parteien haben sich aufgrund der demokratischen und rechtsstaatlichen Relevanz an diesen Grundsätzen zu orientieren.

2 Kriterien des Bundesverfassungsgerichts zur Verwendung von elektronischen Wahlgeräten

Alle wesentlichen Schritte der Wahl müssen der öffentlichen Überprüfbarkeit unterliegen und dies bedingt folgende Anforderungen:

- Eine unabhängige technische Prüfungskommission.
- Die öffentliche Sichtbarkeit der Wahlvorgänge.
- Eine amtliche Zertifizierung der Geräte.
- Bearbeitungsgeschützte Ergebnisprotokolle (auch in nicht-elektronischer Form).
- Nachprüfbarkeit der Wahl für jeden Wähler. Hier beschreibt das BVerfG Wahlgeräte, die „zusätzlich zur elektronischen Erfassung der Stimme ein für den jeweiligen Wähler sichtbares Papierprotokoll der abgegebenen Stimme ausdrucken“.

3 Manipulation elektronischer Wahlgeräte im Allgemeinen

Die Nachfrage nach elektronischen Wahlgeräten ist enorm. Vor allem in Mitgliederversammlungen von politischen Parteien mit den bekannten Marathon-Abstimmungen werden die Geräte von „Pragmatikern“ geradezu als Deus ex Machina gehandelt.

Bezeichnend ist jedoch die Tatsache, dass die Ablehnung von E-Voting in hohem Maße mit dem Grade der IT-Kenntnisse der sich mit dem Thema befassenden Personen zunimmt.

Dem oftmals geäußerten Argument, auch schriftliche Wahlen seien manipulierbar, ist entgegenzuhalten, dass dort bei Verdachtsmomenten im Nachhinein immer noch die Überprüfung der Stimmzettel bleibt, was bei elektronischen Wahlen nicht möglich ist. Ferner bleibt als Ansatzpunkt zur Manipulation schriftlicher Wahlen



Foto: dpa – picture alliance

in der Regel einzig der Stimmzettel. Die Manipulation einzelner Stimmzettel ist jedoch mit verhältnismäßig hohem Aufwand, bzw. limitiertem Einfluss (von einzelnen Stimmen) verbunden. Im Gegensatz hierzu bietet die Manipulation elektronischer Wahlen ungleich höheres Betrugspotential.

Die hier möglichen Fälschungen erlauben die komplette Veränderung des Endergebnisses:

- Selbst die Software des einzigen von der BPT zugelassene Wahlsystems Nedap (ESD1/ESD2) konnte von Computerfachleuten innerhalb von wenigen Minuten manipuliert werden, ohne auffällige Spuren zu hinterlassen.
- Auch Manipulationsmöglichkeiten bei der Datenübertragung (Funk) wurden nachgewiesen.
- Die harmloseste, aber auch noch einfachere, Manipulation schließlich ist eine Störung der Übertragung der Stimmabgabe durch Störsender.

4 Elektronische Abstimmgeräte bei anderen Parteien

- Bezeichnenderweise hat die IT-affine Piratenpartei den Einsatz von elektronischen Wahlgeräten offiziell eingestellt und fordert deren generelles Verbot:

„... Aus diesen Gründen ist die Piratenpartei der Meinung, dass der Einsatz derartiger Wahlgeräte den demokratischen Prinzipien der Überprüfbarkeit, Fälschungssicherheit und der geheimen Wahl widerspricht und somit nicht in Frage kommt.“

- Die SPD hat in Einzelfällen elektronische Wahlgeräte auf Parteitagen benutzt. Es werden jedoch technisch anspruchsvolle

Geräte verwendet. Die Verwendung ist nichtsdestotrotz parteiintern heftig umstritten.

- Die Grünen haben teilweise elektronische Wahlgeräte eingesetzt. Der Einsatz war aufgrund der umstrittenen Problematik aber offensichtlich auf die Vorauswahl von Bewerbern (Stimmungsbild) beschränkt.

5 Elektronische Abstimmgeräte bei der AfD

Auch bei der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen wollte man in der AfD alternative Wege gehen, wobei zwei Systeme zum Einsatz kamen: Ein von der Firma Powervote durch die Bundesgeschäftsstelle gekauftes System und ein von der Firma Powervote ausgeliehenes System des Herstellers IVS.



Eine detaillierte Beschreibung der beiden Systeme findet sich im Online-Beitrag unter:

www.polifakt.de/powervote



Das „System Powervote“ ist schon vom Hersteller nicht für rechtssichere Wahlen vorgesehen und erfüllt auch nicht ansatzweise die grundsätzlichen Anforderungen an ein elektronisches Wahlgerät. Aufgrund der Unzulänglichkeit des Systems ist dessen Einsatz bei jeglichen Wahlen anfechtbar und damit indiskutabel.

Auch von einem entsprechenden Einsatz des hochwertigen Leih-Systems IVS muss dringend abgeraten werden, da selbst dort erhebliche Manipulationsmöglichkeiten gegeben sind.

6 Rufer in der Wüste – Der persönliche Teil des Beitrags

Ein erschreckendes Bild ergibt sich bei Betrachtung der parteiinternen Vorgänge zum Einkauf und Einsatz des Wahlsystems.

Gerüchteweise hatte ich im Juli 2014 erfahren, dass der Einkauf von elektronischen Wahlgeräten für 40.000 Euro geplant war.

Aufgrund meiner Skepsis gegenüber elektronischen Abstimmungen allgemein und meinen Zweifeln an der fachlichen Kompetenz der beteiligten Personen im Speziellen, hatte ich umgehend ver-

sucht, nähere Informationen zu erhalten und die AfD vor Fehlentscheidungen zu bewahren.

Doch Vernunft und fachliche Argumentation haben sich leider auch bei diesem Thema nicht durchsetzen können.

In der Satzungscommission Bund hatte ich das Thema am 09.08.2014 zur dringlichen Diskussion gestellt und meine expliziten Einwände bezüglich der Untauglichkeit des Systems „Powervote“ dargestellt. Ein als Satzungscommissions-Mitglied anwesender Bundesgeschäftsführer hatte die Kritik und Warnungen harsch zurückgewiesen. Glücklicherweise fand sich in der Satzungscommission jedoch die erforderliche Mehrheit für eine Regelung des Einsatzes von elektronischen Wahlgeräten in der Wahlordnung. Der Verwendung von völlig untauglichen Geräten war hierdurch ein Riegel vorgeschoben.

Alle Befürchtungen übertrifft – Powervote in der Praxis

Landesparteitag Baden-Württemberg, 06.10.2014

Die Zahl der nach Powervote abgegebenen Stimmen schwankte in direkt aufeinanderfolgenden Wahlen nicht selten um 20 – 25 %.

Die in Powervote registrierte Wahlbeteiligung lag zum Teil nur knapp über 50 Prozent der

anwesenden Parteimitglieder.

Ursache waren vermutlich massive Störungen aufgrund von Übertragungsproblemen der Funkstrecke und Ausfallerscheinungen aufgrund unzureichenden Batterieladezustands der Geräte. Diese Unzulänglichkeiten sollten sich später nach der wiederholten und genaueren Analyse als systemimmanent herausstellen.

Landesparteitag Bayern, 19.10.2014

Bei einem Test der Geräte vor dem Landesparteitag stellte das Organisations-Team die schwerwiegenden Mängel des Systems fest und lehnte eine Verwendung der Geräte aufgrund folgender Unzulänglichkeiten ab:

- Fehlende Überprüfbarkeit der Stimmabgabe
- Fehlende Ladezustandsanzeige

Unzureichende Reichweite/Sendeleistung der Geräte

Landesparteitag Hessen, 15.11.2014

Meine Stellungnahme mit der dringenden Warnung vor einem Einsatz der Powervote-Geräte hatte ich am 12./13.11.2014 an den Bundesvorstand, die Bundesgeschäftsführung und den (damaligen) Landesvorsitzenden Hessens gesandt. Eine Antwort habe ich nie erhalten. Aus Vorsicht hatte man aber offensichtlich einen Mitarbeiter der Firma Powervote zur Unterstützung des Parteitags engagiert. Da ich meine Stellungnahme aufgrund der ausbleibenden Antworten der Vorstände an einige Kreisvorstände zur Information ►

◀ gesandt hatte, erhoben sich am Parteitag kritische Stimmen bezüglich des Einsatzes des Wahlgerätes. Seitens des Tagungsleiters, Bernd Kölmel, wurde diese Kritik jedoch als haltlos und quertreibend abqualifiziert. Aufgrund des Unmutes in der Mitgliedschaft sollte eine Probeabstimmung die Verwendbarkeit des Systems beweisen. Mehrere Versuche von Test-Abstimmungen und der Austausch einer großen Zahl offensichtlich defekter Geräte zeigten jedoch vor allem die Untauglichkeit des Systems. Schließlich erzwangen die Mitglieder per Parteitagsbeschluss das Einlenken des Tagungspräsidiums. Die elektronischen Wahlgeräte wurden eingesammelt und es erfolgte die Wahl per Stimmzettel (die übrigens – obwohl im direkten Anschluss an die Powervote-Testwahl – eine deutlich abweichende Teilnehmerquote auswies).

Beharrlichkeit der Unvernunft

Die Entscheidungsträger der Partei ließen sich durch solche kleinen Rückschläge nicht entmutigen. Eine weitere Veröffentlichung einer um die ernüchternden oben genannten Praxis-Beispiele ergänzte Stellungnahme rief keineswegs Dankbarkeit bezüglich der Warnung vor der Fehlerhaftigkeit des Systems hervor.

Warum sollte man sich auch von den Erfahrungen anderer Parteien, dem Urteil eines Verfassungsgerichts oder gar den Einwendungen eines widerspenstigen AfD-Funktionärs die Stimmung vermiesen lassen?

Der Tagungsleiter des oben beschriebenen LPT Hessen und Landesvorsitzende Baden-Württembergs beschwerte sich am 27. Januar 2015 per E-Mail über die Stellungnahme mit den Worten „Was soll denn das?“.

Ein anderer Landesvorsitzender brillierte in einer E-Mail vom 15.01.2015 mit folgender Sachanalyse:

„Tut mir leid völliger Quatsch (meine persönliche Meinung)

Selbst wenn 10 Prozent der Geräte nicht übermitteln und defekt sind, dann ist das Ergebnis immer noch richtig. Weil statistisch gesehen die Grundgesamtheit bei 3000 Menschen groß genug ist!

Und wir machen keine Aufstellungsversammlung (hier hat uns der Bundeswahlleiter die Nutzung untersagt) sondern einen Parteitag! Soll ihn halt jemand anfechten vor dem Bundesschiedsgericht... ich lach mich tot!“

Ich lege mich fest: Jeder, der die elektronischen Abstimmgeräte verhindern will, will den Bundesparteitag platzen lassen und ist ein U-Boot!“



Werner Meier

Landesvorstand Bayern

Schriftführer Bundessatzungskommission

Stellvtr. Sprecher des Landesfachausschuss Recht und Inneres

Politische Aufklärung zu den Themen der Alternative für Deutschland (AfD). Nutzen Sie diese Zeitung zur Information vor allem bei älteren Mitbürgern, zur Gewinnung von neuen Mitgliedern und zur Spendenakquise.

Die AfD-Bürgerzeitung

Diese Zeitung ist als externes Kommunikationsmedium der AfD Kreisverbände zu den Bürgern gedacht. Es gibt eine große Anzahl an Mitbürgern, die sich nicht permanent im Internet aufhalten und informieren. Um die Inhalte der AfD breiter und effektiver unter das Volk zu bringen, ist es erforderlich, dies auch auf traditionelle Weise, mit einer Zeitung zu tun. Die Zeitung eignet sich sehr gut als „Träger“ für Ihre regionalen Infoblätter oder Flyer mit Veranstaltungshinweisen.

bestellung.polifakt.de

Themen auf 20 Seiten:

- Familie
- Flüchtlinge & Asyl
- Kriminalität
- Windenergie
- IWF
- und weitere



JETZT NEUE AUSGABE

BIS 12.07.2015 BESTELLBAR.

Auslieferung ab: 16.07.2015

POLIFAKT

Herausgeber und Verlag:

Polifakt Medien
Nikolaistraße 6-10
D-04109 Leipzig

www.polifakt.de

Chefredaktion: Josef Konrad

redaktion@polifakt.de

Anzeigen: anzeigen@polifakt.de

Telefon: (+49) 341 - 39 280 940-0

E-Mail: verlag@polifakt.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autoren selbst verantwortet und geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für die mit Namen versehenen Beiträge liegt bei den jeweiligen Autoren.